

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

folgte der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und in Vertretung verantwortlicher Redakteur: Johann Stangitz in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Anzeigen die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 20 A. — Postkatalog Nr. 3116.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 16, erste Etage.

An die Maurer Deutschlands!

Schwere Angriffe gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und gegen unsere Organisation sind in den letzten Tagen angekündigt. Nach einer Rede des deutschen Kaisers soll dem Reichstage ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, „worin Jeder, er möge sein, wer er will, und heißen, wie er will, der einen deutschen Arbeiter, welcher willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu hindern versucht, oder gar zu einem Streik anreizt, mit Zuchthaus bestraft werden soll.“

Die organisierten deutschen Bauunternehmer haben am 6. September auf ihrem Sitzungstage in Breslau beschlossen, einen neuen Angriff auf unsere Organisation zu unternehmen. Als Mittel zur Sprengung derselben und des Streiffonds hat man eine vierwöchentliche Aussperrung sämtlicher Maurer Deutschlands in Aussicht genommen.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der angekündigte Gesetzentwurf dem Reichstage vorgelegt werden wird. Seine Annahme zu verhindern, das muß unsere nächste Aufgabe sein. Ueberall müssen öffentliche Versammlungen einberufen werden, um auf's Schärfste dagegen zu protestiren, daß Streiks durch „Gezer“ inszenirt werden, daß Streikende sogenannte Arbeitswillige hindern wollen, weiter zu arbeiten, wenn sie von der Nothwendigkeit des Streiks nicht überzeugt sind. Den herrschenden Gewalten und dem Unternehmertum muß es zum Bewußtsein durch uns gebracht werden, daß nur die Noth, die Sorge um die Existenz und das natürliche Verlangen, Mensch unter Menschen zu sein, die Triebfedern sind, die die Streiks entstehen lassen. Es muß ihnen zum Bewußtsein gebracht werden, daß man uns zu Sklaven degradirt, wenn man uns unseres natürlichsten Schutzmittels, unseres Koalitionsrechtes, beraubt.

Aber mehr als je ist es jetzt nothwendig, daß Ihr Euch, Kollegen, um das Banner Eurer Organisation schaaert. Je stärker unsere Organisation ist, je mehr sie gerade jetzt an Mitgliederzahl zunimmt, um so eher vermögen wir die uns drohende Gefahr abzuwenden.

Kollegen, werbet Mitglieder für den Verband und sammelt Gelder für den Streiffonds! Das ist der schärfste Protest und das beste Mittel, die Pläne der Regierung und des Unternehmertums zu Schanden zu machen.

Ausgesperrt

sind die Verbandskollegen in Pritz i. Pommern und Spandau.

Im Streik

befinden sich die Kollegen in Flensburg, Zangermünde, Großenhain, Neumünster, Zeterow und Alt-Damm.

Sperrren sind verhängt

Aber die Bauleiter der Unternehmer Krüger in Elmrich, Garbege, Birichs und Kiefer in Düsseldorf, Georg Bauer, W. Demm, J. Schmitt und E. Fraß in Breitenheim, Speer und Mittelburg auf Nordney, Raune in Hamburg.

Das neue Zuchthausgesetz.

Die Inausfertigung eines Gesetzentwurfes, worin zum Schutze der Arbeitswilligen und für „Aufreizung zum Streik“ Zuchthausstrafe angedroht werden soll (siehe den Leitartikel in letzter Nummer unseres Blattes), beschäftigt die Presse aller Richtungen in recht aus-

gleichiger Weise. Einige bürgerliche Blätter können nicht glauben, daß der Kaiser diese Androhung wirklich ausgesprochen habe. Demgegenüber ist zu verweisen auf die Thatfache, daß auch der „Reichsanzeiger“ den mitgetheilten Wortlaut der Kaiserrede gebracht hat und bis jetzt weder ein offizielles noch ein offizielles Dementi erfolgt ist. Es ist möglich, in solchen Dingen sich auf die Kunst der Auslegung zu verlassen. Darüber herrscht nirgends ein Zweifel, daß ein Plan vorliegt, welcher die schwersten Bedenken und die entschiedenste Kritik herausfordert. Die bürgerlich-freisinnige Presse vertritt mit der sozialdemokratischen den Standpunkt, daß all und jeder Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter energisch zurückgewiesen werden muß.

Was die Frage des Schutzes „Arbeitswilliger“ anbelangt, so sind alle bürgerlich-freisinnigen Blätter einmüthig der durchaus begründeten Ansicht, daß die bestehenden Gesetze zu solchem Schutze vollständig ausreichen, und daß die Härte der Strafen, welche auf Grund dieser Gesetze wegen wirklicher Ausschreitungen gegen „Arbeitswillige“ verhängt werden können, nichts zu wünschen übrig lassen. In der That haben wir ja gerade in den letzten Jahren so oft erlebt, daß an und für sich recht belanglose, in leicht begreiflicher Erregung gegen „Arbeitswillige“ ausgesprochene Drohungen und Schimpfworte mit Monate langer Ge-

fängnißstrafe geahndet worden sind. Wo sich's um faktische Gewaltthaten handelte, ist das allgemeine Strafgesetz mit seinen viel härteren Strafbestimmungen sehr streng zur Anwendung gebracht worden. Auch das von bürgerlich-liberalen Grundgesetzen beherrschte Rechtsbewußtsein kann sich nicht finden in den Gedanken, daß für Vergehungen der hier in Rede stehenden Art Zuchthausstrafe, wie man sie Räubern, Mördern und sonstigen schweren Verbrechen angeheben läßt verhängt werden soll. Und das um so weniger, als aus den Unternehmertreibern heraus Polizei und Justiz längst dahin beeinflußt worden sind, auch die an sich moralisch und gesetzlich durchaus zulässige Ueberredung „Arbeitswilliger“ zur Theilnahme am Streik als Straftat zu behandeln. Die Unternehmer wollen ja all und jede Einwirkung auf „Arbeitswillige“ zu Gunsten des Streiks politisch und strafgesetzlich verhindert wissen. Das ist's, worauf es in der Hauptsache ankommt. Würde nach dem Wortlaut der Rede des Kaisers jedes Bestreben, welches darauf abzielt, „Arbeitswillige“ für einen Streik zu gewinnen, mit Zuchthaus bestraft werden, so wäre damit schon ein guter Theil des Koalitionsrechtes selbst beseitigt. Denn nichts ist diesem Rechte und seinem Begriff nach selbstverständlicher, als daß es gestattet sein muß, auf diejenigen Arbeiter, welche sich als Streikbrecher erweisen, durch Belegung

Kassenzufl.
 Summa der Einnahmen..... M. 126922,51
 Summa der Ausgaben..... 104612,21
 Barbestand am Schlusse des 2. Quartals... M. 21310,20

Vermögensausweis.
 In Sparlasten-Einlagen..... M. 81810,20
 Demnach beträgt das Gesamtvermögen..... M. 385922,61
 Nach der ersten Quartals-Berechnung betrug dasselbe..... 376607,17
 Demnach ein Mehr am Schlusse des 2. Quartals von M. 19422,14
 Am Schlusse des 2. Quartals zählte die Kasse 206 örtliche
 Verwaltungsstellen mit 15 829 Mitgliedern.
 Klona, den 10. September 1898. K. Neff, Kassier.
 Vorstehende Vorrechnung ist von uns geprüft und mit den
 Kassensächtern und Belegern übereinstimmend befunden. Das
 Vermögen der Kasse ist uns nachgewiesen resp. vorgelegt worden.
 Die Revisoren:
 Joh. Ettinger, E. Müggenburg, W. Landgraf.

Für der Woche vom 4. bis 10. September sind folgende
 Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung Neu-
 Dippin M. 800, Bremen 250, Münster i. W. 200, München 200,
 Altona 150, Leipzig-Neudorf 100, Wiesenburg (Mar) 100,
 Leipzig 100, Zwickau 100, Altenrumpstar 60, Eppelfein 60,
 Summa M. 1810.
 Zuflüsse erhielten: Stuttgart M. 200, Königsberg i. Pr. 200,
 Dresden-Erlangen 100. Summa M. 600.
 Klona, den 10. September 1898.
 Karl Neff, Hauptkassier, Friedrichsbadstr. 28.

Anzeigen.

Nachruf.
 Am Freitag, den 4. September, nach langem,
 schwerem Leben unser Verbandskollege, der Maurergeselle
Hermann Fitko,
 im Alter von 28 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Zahlstelle Spremberg.
 [M. 3,30]

Nachruf.
 Am Dienstag, den 6. September, Morgens 11 Uhr,
 nach unser Mitglied, der Stukateur
Wilhelm Labsch
 aus Berlin, Rheinsbergerstraße 88, durch Schlag von
 Gehirn seiner Tod.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Filiale Bochum des Verbandes der Stukateure.
 [M. 3,60]

Nachruf.
 Am Samstag, den 8. September, Abends 10 Uhr,
 wurde unser treues Mitglied, der Maurer
Albert Kales,
 meuchlings erschossen.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Zahlstelle Danzig.
 [M. 3,20]

Am 22. August verschied unser treuer Verbandskollege
Lorenz Müller.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Zahlstelle Bretzenheim.
 [M. 2,40]

Zahlstelle Cöthen.
 Sonntag, 18. September:
Sommerfest
 im Gasthause zum „Goldener Engel“.
 Von Nachmittags 3 Uhr an: **Konzert.** 8 Uhr: **Ball.**
 Alle Kollegen von Cöthen und Umgegend sind hierdurch
 eingeladen. [M. 4,20] Das Comité.
 NB. Festkarten sind durch die Kollegen Jahn, Bergstraße,
 Wartemann, Wagdorferstr., und Wollmann, Ludwigstr., zu haben.

Zahlstelle Gr.-Lichterfelde.
 Sonnabend, 24. September:
Viertes Stiftungsfest
 bei Pagel, Chausseestraße 104.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 20 S.
 Alle Mitglieder sind hierzu eingeladen. [M. 3]
 Das Festcomité.

Zahlstelle Schildesche.
 Sonntag, den 18. September:
Zweites Stiftungsfest
 im Lokale des Herrn Louis Krob, Schildescherstr. 1.
 Die Kollegen von Schildesche und Umgegend sind freundlichst
 eingeladen. [M. 2,70] Die örtliche Verwaltung.

Kahnt & Richter, Altenburg (S.-A.),
Spezialfabrik
 für
Wasserwagen, Senklothe etc.
 Die machen die gezeigten Mauer- und Bau-
 handwerker auf unsere unter nebenstehender
 Nummer gefällig geschickt
Wasserwage
 aufmerksam. Dieselbe kann bei Unzulänglichkeit
 von **Zebemann** selbst requirirt werden!
 Zu haben in jeder Eisenwaarenhandlung.
 Bei Bedarf berufe man sich auf unsere Firma.
 D. R.-G.-M. No. 97418.



Zahlstelle Münster.
 Sonntag, 18. September,
 im Lokale des Herrn **Wepplmann:**
Zweites Stiftungsfest
 verbunden mit
Retortenabschied und Verloofung.
 Anfang 6 Uhr.
 Karten für Herren 60 S., Damen frei.
 Alle Mitglieder und Freunde werden hierzu freundlichst ein-
 geladen. [M. 4,20] Das Festcomité.

Zahlstelle Kappeln.
 Das Mitglied **August Kenzwich,** Buch-Nr. 10218,
 geboren 30. August 1848 zu Schworn i. W., ist unter Mitnahme
 von M. 22,31 Verbandsgebühren von hier heimlich abgereist. Es
 verlautet, er habe sich nach **Dänemark** begeben.
 Die örtliche Verwaltung.

Warnung!
 Die Zahlstelle Bergedorf warnt jede Zahlstelle vor dem
 Maurer **Wilhelm Tobins,** da er hier wegen Unregelmäßigkeiten gefänglich ist. [1,50] Die örtl. Verwaltung.

Aufforderung.
 Das Mitglied **Peter Salinski,** Buch-Nr. 10 080,
 wird aufgefordert, über die vom Gewerkschaftsrath erhaltenen
 47 Rentenarten à 20 S. und 50 Rentenarten à 10 S. ab-
 zurechnen oder die Karten zurückzugeben. Ferner wird er auf-
 gefordert, seine anderweitigen privaten Verbindlichkeiten hier zu
 ordnen. [2,40] Die örtl. Verwaltung der Zahlstelle Bremen.

Aufforderung.
 Die Kollegen **Walter, Krämer, Wiener, König, Kucher, Fraenschläger** werden hiermit
 aufgefordert, ihren Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber nach-
 zutommen, widrigenfalls andere Schritte gegen sie eingeleitet
 werden. [M. 2,10] Die Zahlstelle Nürnberg.

Achtung, Maurer!
 Alle hiesigen Kollegen, die über den Aufenthalt des
 Kollegen **Georg Heinemann,** geboren den 16. Juli 1879
 zu Friedberg, Auskunft geben können, werden dies an die unter-
 zeichnete Adresse gelangen lassen. Da der Kollege G. Heinemann
 mit einer Liste von Kästeln, worauf er M. 6 gesammelt hat, durch-
 gebracht ist, werden die Kollegen auch noch vor ihm gewarnt.
 [M. 2,70] G. Wehrhähnel, Kaffee, Mühlendammstr. 16.

Aufforderung!
 Der Maurer **Konstant Schellhase** aus Döben-
 feld, Buch-Nr. 2271, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen
 der Zahlstelle Wolfenbüttel gegenüber nachzukommen. Kollegen,
 die mit demselben zusammen kommen, bitten wir, ihn darauf
 aufmerksam zu machen.
 [M. 2,40] Die Zahlstelle Wolfenbüttel.

Man achte genau auf die
Hausnummer 45.
 Eigene Fabrikation
 schwerer
Arbeitsgarderoben.
 Anerkannte Qualitäten!
 Berühmt
 durch
 Solidität
 und
 Schmitt.
 Versand
 portofrei
 gegen
 Nachnahme
 nach allen Plätzen.
 Prompte, beste Bedienung.
 Man verlange ausführliche
 Preislisten!
Ausrüstungen für Maurer!
 Man achte genau auf die
Hausnummer 45.



Güte um Adresse des Kollegen **Wilhelm Schulz,** Der
 selbe hat 1896 in Schneidemühl und Colmar (Prov. Posen)
 gewohnt und ist nach Berlin bezogen. [M. 1,20]
Paul Griese, Münster i. W., Westdeutsche 30/31.
 Zylinder, prima M. 6, erste Halb. Becherhosen I M. 6,50, II M. 4,80,
 III M. 2,50 portofrei. Koll. Kollfeldt, Dresden N, Ritterstr. 4.
 Der gezeigten Banarbeiterschaft von **Mügeln** und
 Umgegend empfehle ich mein reichhaltiges
Zigarrenlager
 einer geeigneten Verwahrung. [M. 2,10]
Paul Hudalla, Mügeln bei Pirna,
 Dresdenstr. 33.

Quittungsmarken und Kautschukstempel
 liefert seit 20 Jahren
 für laufende Kassen und Vereine
Jean Holze, Hamburg,
 Gr. Neudeich 45.
Verlag sozialistischer Bilder.
 Illustrirte Preislisten gratis und franco.
 Soeben erschien das neue
Fraktionsbild der sozialdem. Partei 1898.



Arbeitsmarkt
 Die Stukkateure werden ersucht, bei dem Unternehmer
 K. am 1. in Höhe nicht in Arbeit zu treten.
 Suche ab 20-25 Maurer gesellen. Lohn 40-45 S.
 F. Wolff u. Kempfen, Neuenhofstr. 11, Bismarckstr. 100-101,
 Maurer gesucht. Szalkowski, Grünberg i. Schlef.,
 Malatweg 6.
 Mächtige Maurer finden dauernde Beschäftigung beim Maurer-
 meister **Groll** in Bratwede. 40 S. Stundenlohn,
 10 stündige Arbeitszeit.

Veranstaltungs-Anzeiger.
 Unter dieser Rubrik werden alle Veranstaltungen der dem Gründungstage
 der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche für den Preis von
 10 S. pro Seite bekannt gemacht. Für jede Veranstaltung werden jedoch
 nur zwei Seiten zur Verfügung gestellt. Die Anzeigen müssen für jede
 Veranstaltung eingesandt werden.

Verbandsversammlungen der Maurer.
Sonnabend, 17. September:
 Artern. Abends 7 Uhr bei Bruno Wäner, alle Kollegen von Artern und
 Umgegend werden gebeten, zu erscheinen.
 Zehlendorf. Abends 8 Uhr bei Bruno. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung
 Erscheinen aller Mitglieder dringend nötig. Wäner mitbringen!
Sonntag, 18. September:
 Meuselwitz. Nachmittags 2 Uhr im „Eisenhammer“. Dringender Angelegen-
 heiten halber ist ausschließlich Erscheinen notwendig.
 Ohlau. Abends 8 Uhr im „Hofhof“ zum weißen Hof. Wichtigstes Er-
 scheinen erwünscht.
Dienstag, 20. September:
 Berlin III. Abends 8 1/2 Uhr im Lokale Rotenbergs. o. Mühlengasse Erscheinen
 erwünscht.
 Lizeho. Abends 8 1/2 Uhr in der Rentkammer. Erscheinen aller Kollegen
 erwünscht.
Mittwoch, 21. September:
 Tempelhof. Abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung.
 Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.
Sonntag, 25. September:
 Annaburg. Nachmittags 2 Uhr. Die Kollegen von den umliegenden Ort-
 schaften werden ersucht, doch einmal vollständig zu erscheinen.
 Berlinchen. Nachmittags 4 Uhr im „Hofhof“ zum weißen Hof. Jeder hat zu erscheinen.
 Düsseldorf. Vorm. 10 1/2 Uhr bei Bergs, die Schützen- und Gewerksamer.
 Winlersee. Vorm. 11 Uhr im „Hofhof“ zum weißen Hof. 2-3 U. Wichtigste
 Besprechung für unsere Kinder. 2. Verschiedenes.
Öffentliche Maurerversammlungen.
Sonnabend, 24. September:
 Hörde. Abends 8 1/2 Uhr bei Peter. Es ist jedes Kollegen Pflicht, in dieser
 Versammlung zu erscheinen.
Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.
Sonntag, 18. September:
 Rixdorf. Vormittags 11 Uhr: Mitgliederversammlung bei Zehms, Berg-
 straße 102.
 Druck: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Kuer & Co.
 in Hamburg.

Ausficht genommenen Referenten... über die wirtschaftlichen Verhältnisse...

Krankenkasse.

Protokoll. Am Sonntag, den 28. August, tagte hier eine Versammlung der Krankenkasse...

Literarisches.

Von der 'Neuen Zeit' (Stuttgart, Dietl Verlag) ist... erschienen...

Wählen oder nicht wählen? Ein Wort zur Frage der Wahlrechtfrage...

Diese Schrift bildet eine Ergänzung zu der im Auftrag des... herausgegebenen...

'Der Arbeitsmarkt', Monatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte...

Briefkasten.

Gr. Ammenleben, D. H. Obgleich Ihr Brief das Datum vom 28. August trägt...

Abrechnung für das zweite Quartal 1898 des Central-Verbandes der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Einnahme in den Kassellen' and 'Ausgabe in den Kassellen'.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Ausgabe in den Kassellen' and 'Einnahme in der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Einnahme in der Hauptkasse' and 'Ausgabe in der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Ausgabe in der Hauptkasse' and 'Einnahme in der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Einnahme in der Hauptkasse' and 'Ausgabe in der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Einnahme in der Hauptkasse' and 'Ausgabe in der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Einnahme in der Hauptkasse' and 'Ausgabe in der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Einnahme in der Hauptkasse' and 'Ausgabe in der Hauptkasse'.

Central-Verband der Maurer Deutschlands und verw. Berufsgenossen. Bekanntmachung. Neues Adressverzeichnis.

Den Kassellenerberatern geben wir bekannt, dass wir noch im Beste einer Anzahl...

Vom Vorstande befragt sind die bis zum 12. September neu gewählten...

Hauptkasse. Von der kürzlich erfolgten... der Kassellenerberatern...

Streifkasson. Hamburg Nr. 100, Berlin Nr. 40, Frankfurt Nr. 12...

Alle Gelder für die Hauptkasse, Verbandsbeiträge... zu adressieren...

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands...

Rechnungs-Abschluss für das zweite Quartal 1898. (April, Mai und Juni.)

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Einnahme' and 'Ausgabe'.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Einnahme' and 'Ausgabe'.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Einnahme' and 'Ausgabe'.

vollster Sicherheit auch ein Rückschlag auf die „Zufriedenheit“ der freistehenden Arbeiter...

In Götting haben am Freitag, den 9. September, neun Kollegen die Arbeit beim Maurermeister D. Harms eingestellt...

In Hamburg hatte ein Rechtsanwalt es unternommen, auf die Unternehmer einzutreten, um sie zu Unterhandlungen mit den Ausständigen gezwungen zu machen...

Aus unserer Bewegung.

Die Bausittelverwaltungen derjenigen Orte, wo italienische Bauernschaften in größerer Zahl arbeiten, werden auf die italienische Arbeiterzeitung „L'Operaio Italiano“ aufmerksam gemacht...

Der „L'Operaio Italiano“ erscheint alle 14 Tage, enthält in der Heftausgabe unter Nummer 0, 92 eingetragene und kostet im Postamtenservice pro Quartal 75 A...

In Ansbach wird der Gefahr, daß italienische Maurer in immer größerer Zahl nach dort geschickten Arbeiter besorgen werden, ist ein dringende Pflicht...

In der außerordentlichen Mitglieder-Versammlung der Bausittel-Berlin (Mittelbau) vom 31. August wurde beschlossen, das Vereinsstatut nach der Entwurfstrasse (Koulinhof) zu verlegen...

Am 4. September hielt die Bausittel-Vereinsleitung ihre Mitglieder-Versammlung ab. Es wurde beschlossen, bis auf Weiteres den derzeitigen Kollegen 40 A und den letzten Kollegen 60 A zum Streifenlohn zahlen zu lassen...

Am 4. September hielt die Bausittel-Vereinsleitung ihre monatliche Mitglieder-Versammlung ab. Leider waren von 50 Kollegen nur 18 erschienen...

Am Sonntag, den 28. August, fand in Galle (Saale) eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt. Zunächst wurde die Abrechnung vom 2. Quartal vorgelesen...

Am 28. August, die Ausgabe Nr. 44, 25, bestand mit dem vorjährigen Monatsheft Nr. 45, 25, die Ausgabe Nr. 46, 25, bestand mit dem vorjährigen Monatsheft Nr. 46, 25, die Ausgabe Nr. 47, 25, bestand mit dem vorjährigen Monatsheft Nr. 47, 25...

Mauern noch nachgesagt werden, weil sie die Versammlungen so launisch besuchten. Es ist nicht das erste Mal, daß der Bevollmächtigte wegen zu schwachen Besuchs die Versammlung vertagen mußte...

In Charlottenburg fand am Freitag, den 2. September, Abends 9 Uhr, in „Bismarckstraße“ eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt. Genosse W e n e r referierte über: „Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung“...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

nächst einen klaren Situationsbericht über die in diesem Jahre stattgefundenen, theilweise noch nicht beendeten Lokalkämpfe in den verschiedenen Orten Deutschlands und schließlich, daß die letzten von Jahr zu Jahr intensiver werden...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

Der Kampf um die wirtschaftliche Erhaltung. Referent sagte, daß überall, wo ein Mann sitzt, Noth und Elend sei. Wenn man aber die Welt sehen würde, müßte man glauben, daß bei ihnen die Noth noch weit größer sei als bei denjenigen, welche nur ihre Rechte stillschweigend haben...

*** Gegen den Wauschwindel** richtet sich folgende Vereinbarung des sächsischen Ministeriums des Innern vom 30. August: Bei allen Wandbauten ist an einer leicht sichtbaren Stelle ein Aufschlag anzubringen, welcher den Stand, den Familiennamen und mindestens einen ausgeführten Vornamen der Bauherren und der Bauleiter in deutlich lesbaren und unverwischbarer Schrift angibt.

Wandüberhandlungen gegen diese Bestimmung werden an den Bauherren und den Bauleitern, welche für deren Einhaltung in gleicher Weise verantwortlich sind, mit Geldstrafe bis zu M. 150 und im Inlanderngsfalle mit Haft bis zu vier Wochen bestraft.

Eine ähnliche Bestimmung hat die Stadt Dresden schon vor Kurzem getroffen. Es hat sie nun Geltung für ganz Sachsen. Trotzdem wird der Bauhandwerk nicht verschrieben, er bleibt sich höchstens in andere Formen. Will man solche soziale Gesetze besitzen, muß man ganz andere Mittel anwenden.

*** Wohnungsnot.** Der Mangel an kleinen Arbeiterwohnungen macht sich in M u n c h e n immer mehr fühlbar. Ein Beweis für den Wohnungsbedarf sind die enormen, bei jedem Monat sich steigenden Mietpreise, besonders in den Vorstädten, wo hauptsächlich die Arbeiterbevölkerung dominiert. Tausende von Familien sind in einem Jahre mehrere Male bezogen geblieben, das die Mietpreise der Zeit fast unerschwinglich sind. Während der Sommerzeit sind die Arbeiterwohnungen oft schon lang leer stehen, sind Arbeiterwohnungen selbst in den entferntesten Quartieren kaum mehr aufzutreiben. So z. B. war es einem beherrschenden Eigentümer des nördlichen Stadtteils während der letzten vier Wochen nicht möglich, für sich und seine Familie ein Zimmer mit Küche aufzutreiben. Der Mann hatte, als der erste September herantrat, immer noch keine Wohnung, und der selbige ungeschickliche Wohnungsbereiter vermittelte war und es auszusprechen, blieb ihm nichts anderes übrig, als mit den Seiten einer Herdplatte zu begreifen, der um einstuellen von einem menschenfreundlichen Hausbesitzer zur Verfügung gestellt wurde, wo der Arbeiter mit seiner Familie zwei Tage hauste. Erst am Samstag Vormittag ist es dem Arbeiter gelungen, eine Wohnung für sein gutes Geld zu finden. Die Aufnahme einer Wohnungs-Gaquette würde wohl ein klarer Bild der verhängnisvollen Wohnungsnot bieten, allein für solche rechtschaffende Dinge hat man im Laufe am Marienplatz weder Geld noch Verstand.

Lohnbewegungen und Streiks.

Maurer.

Die Aussperrung in W i e s e hat ihren Abschluß gefunden durch Vereinbarung mit der Innung „Wauschulte“. Die dortige Verhältnisse sind folgende: 1. Die Innung „Wauschulte“ ist bereit, die Arbeiter unter den alten Bedingungen wieder anzunehmen, soweit angängig, wenn die Arbeiter bis Donnerstag, den 1. April 1898 an der Lohn der Arbeiter auf 50 % pro Stunde zu erhöhen. 2. Das Verhältnis mit den Arbeitern bleibt wie bisher, wie solches auch in dem Schreiben vom 8. August an die Baukommission angebracht ist, daß bei einer Erhöhung des Lohnes der Arbeiter eine entsprechende Verringerung der Zeit sein wird. 3. Eine Maßnahme darf von beiden Seiten nicht stattfinden. 4. Die Arbeiter (M) müssen sich verpflichten, mit den jetzt in Arbeit stehenden Arbeitern und Arbeitern in Ruhe und Frieden zu arbeiten. 5. Diejenigen Arbeiter und Arbeiter, welche bis Montag, den 12. September, nicht bei ihren alten Meistern wieder in Arbeit getreten sind, werden durch den Arbeitsnachweis der „Wauschulte“ eingestellt. 6. Zur Erklärung möge dienen, daß hinsichtlich des ersten Punktes auf Wunsch der Arbeiter die Innung das Wort „angängig“ dahin ausgelegt hat, daß es für die Arbeiter heißt, welche ihre Arbeit inwieweit nach oder zum Teil fertigstellen und daher nicht die frühere Zahl Arbeiter beschaffen können. Hinsichtlich des zweiten Punktes ist die Versicherung abgegeben, daß alle in den alten Löhnen (einerlei, ob sie 95 oder 40 % betragen) wieder eingestellt werden sollen, daß die Meister gewillt sind, nach der ersten Lohnzahlung 1 A., und ab 1. 4. 1899 allgemein 2 A. zu zahlen. Was das Zusammenarbeiten mit den Arbeitern anlangt, so werden die Arbeiter Arbeiter wissen, was sie zu thun haben. Sie sind bei den Meistern und Arbeitern nicht feindlich, bezüglich des Arbeitsnachweises hat die Arbeiterinnung eine Veranlassung der Innung nachgehenden Vorleser unterbreitet.

Die heutige Versammlung will die Arbeiterinnung der Arbeit nicht von dem letzten Willen abhängig machen, erwartet aber, daß die Innung „Wauschulte“ eine Sitzung einberuft, um die Frage des Arbeitsnachweises zur beiderseitigen Zufriedenheit zu regeln. Dieser Vorbehalt hat die Innungsvorversammlung akzeptiert und ihm damit die Arbeiterinnung der Arbeit ermöglicht worden.

Das **Frankfurt a. M.** schreibt man uns: Der **Maurerstreik** ist beendet. Nachdem die Berufslogen einen vollen Monat im Streik gelegen, waren die Herren Arbeitgeber so in die Enge getrieben, daß sie das von ihnen so sehr gehasste (weil sozialdemokratisch) sogenannte Gewerkegesetz als Entgiftungsamt anriefen. Die Kommission der Maurer erklärte sich selbstverständlich bereit, an den Verhandlungen teilzunehmen, die denn auch zur größten Zufriedenheit der Arbeiter verliefen. Am 8. d. M. wurde auf fast allen Plätzen die Arbeit aufgenommen. Einzelne Plätze blieben allerdings unbesetzt, weil die Unzufriedenheit der Arbeiter, sowie die der Arbeitgeber diese Geschäfte eine so große ist, daß sie auch nicht ein Kollege in Anspruch nehmen will. Ein Mittelstücken an unserer Seite, der ein der fortgeschritten war (da die hier beschäftigten Maurer sich aus einer Umhülle von ziemlich weit entfernten Orten zusammensetzen), zeigt uns klar und deutlich, was von der Einigkeit der Arbeiter abhängt, was zu erzielen ist, wenn eine Organisation nur einigermaßen geschult ist. Jung am Tage, was es die Organisation in Frankfurt a. M. ist, hat sie jetzt einen großen Sieg hinter sich, auf den sie wohl stolz sein kann. Wir haben aber nur die Verpflichtung auf uns zu nehmen, das Gerüchte hoch zu halten, indem wir das Augenmerk der Arbeitgeber als unser Ziel setzen müssen und nicht jeden Unfug zu machen. Wir dürfen nicht die ererbte gegen Stunden nicht wieder elf aus freien Willen arbeiten, wodurch Kollegen arbeitslos werden und somit Lohnrückende einsteht. Auch müssen wir die Arbeiter nicht, denn sie ist das größte Leid in unserer Branche und trägt die Hauptlast an unseren schlechten Verhältnissen. Kollegen allerorts, bedenk, daß die Organisation der Faktor war, durch

den unsere so traurigen Verhältnisse gebessert wurden. Die Zukunft liegt hoffnungsvoll vor uns, sie kann eine weitaus bessere werden, wenn wir einig sind bleiben der Worte: „Vereinter Kraft gar leicht gelingt, was Einer nicht zu Stande bringt“.

Die getroffenen Vereinbarungen lauten folgendermaßen: 1. Die Arbeitszeit ist eine zehnjährige von 6 Uhr früh bis 6 Uhr Abends, einschließlich 1/2 Stunde Frühstück, 1/2 Stunde Mittag und 1/2 Stunde Nachspeise. Es wird jedoch der Arbeitgeber vorausgesetzt, daß derselbe möglichst die Verantwortung über die Arbeitsstunden angibt. Die Arbeiter sind verpflichtet, sich auch übermäßig dafür zu sorgen, daß das Werk nach Überstunden möglichst wenig gestört wird. 2. Es findet eine Lohnsteigerung von 12%, d. h. für alle Lohnsätze statt, dadurch wird der bisherige Lohnsatz von 40 A. die Stunde auf 45 A. erhöht. 3. Nacht- und Sonntagsarbeit, ferner von 7 bis 7 Uhr Abends, die Zeit von 6 bis 7 Uhr als Leberstunden. 4. Für Leberstunden auf Verlangen der Arbeitgeber wird ein Lohnzuschlag von 10 A. gezahlt. Für Nacht- und Sonntagsarbeit nach Vereinbarung. Verlangen die Arbeitermeister weniger, so wird ein Lohnzuschlag nicht gezahlt. 5. Arbeitszeit findet nur auf Wunsch der Arbeitermeister statt. 6. Speisegeld bezu. Gefolge zum Zubringen des Mittels werden von den Arbeitern gestellt. 7. Die Lohnzahlungsperiode bleibt eine vierteljährig, jedoch werden auf Wunsch der Arbeiter Arbeitgeber gezwungen, die Auszahlung des Lohnes erst auf der Baustelle vor Feierabend. Die vertragliche Einzahlung der wöchentlichen Lohnzahlungsperiode bleibt später Vereinbarung vorbehalten. 8. Schluß der Arbeit am Samstag um 5 Uhr Nachmittags und an den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten um 12 Uhr Mittags. 9. Die Kündigung ist für die Arbeiter jederzeit im Laufe der Woche nach dem darauffolgenden Sonntag. 10. Streitigkeiten sollen beiderseits nicht stattfinden. 11. Es wird in Aussicht genommen, über die Einführung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises in Verhandlung zu treten. Unter dieser Bedingung ist nunmehr überall die Arbeit aufgenommen worden.

In **Köln** ist der Streik zu Gunsten der Kollegen am 8. d. M. beendet worden. Die Unternehmer haben die Wieder-Einstellung des gemächerten Lohnes zugesagt und zugestanden, auf den Wünschen angemessener Baubüden und Arbeiter zu erröhen.

Der Streik in **Hörsing** hat am 6. d. M. ebenfalls sein Ende erreicht und zwar ebenfalls zu Gunsten der Arbeiter. Erreichte wurde eine Lohnzulage von 6-8 A. pro Stunde.

In **Angermünde** haben drei Meister die Forderung der Arbeiter ablehnen jede Unterhandlung ab, kehren sich aber, doch für die Streikenden herbei zu schaffen. Wie folgt überall, so sich Arbeiter im Streik befinden, so ist auch hier die Gefahr zu vermeiden, daß den Arbeitswilligen ein höherer oder doch mindere als der Lohn gewährt wird, was den Streikenden fordernd. Es ist dies der beste Beweis dafür, daß das Unternehmertum die Forderungen der Arbeiter sehr gut bewilligen könnte, ohne doch sich unzulässig zu ruinieren. Aber ihre Bosheit läßt es nicht zu, sie würden denn schon einen Schritt weiter gehen, bis sie die Arbeiter nicht benötigen, aber es fällt nicht gerade ein.

Der Arbeiterverband in **Magdeburg** sieht sich endlich zu der Erkenntnis durchgerungen zu haben, daß eine weitere Verfolgung der vor dem Herrn Oberbürgermeister getroffenen Vereinbarungen, wie sie in dem Protokoll vom 19. Juli d. J. niedergelegt sind, nicht gut möglich ist. Er erklärt sich in den beigefügten Zeugnissen Magdeburger eine lange Erklärung und bekundet, daß er es nicht verucht hat, der Wahl dieser Kommission hindern in den Weg zu treten, vielmehr diese Wahl als ein nach dem Protokoll vom 15. Juli den Arbeitern zustehendes gutes Recht anerkennt. Die am Grund des gelegten Modus gewählte Kommission will der Arbeiterverband auch jederzeit anerkennen.

Sobald bemerkte der Arbeiterverband aber ausdrücklich, daß er darauf besteht, daß die in dem Protokoll vom 20. Juli d. J. aus für das Geschäftsjahr 1899 festgelegten Grundzüge beiderseits respektiert werden müssen.

Durch diese Erklärung hat sich die Situation wesentlich verändert. Der Arbeiterverband anerkennt öffentlich:

- a) die Gleichberechtigung der Arbeiter
- b) stellt sich auf die Beschäftigung der Kommission und verpflichtet, die für das Geschäftsjahr 1899 festgelegten Grundzüge respektieren zu wollen.

Da der Arbeiterverband bisher erklärte: der von ihm (eigenmächtig) aufgetragene Löhre mit seinen Bedingungen sei für die Arbeiter verbindlich (ist doch sogar eine Unterpflicht abzugeben), nunmehr aber sich auf die laut Protokoll vom 20. Juli d. J. festgelegten Grundzüge bezieht, so ist anzunehmen, daß der so viel Erörterung verurteilt habe eigenmächtig aufgetragene Löhre, der von den Grundätzen (laut Protokoll) wesentlich abweichende Bedingungen entfällt, die den Arbeitern gemäßigt zur Verfügung vorgelegt waren, aufgehoben wird.

Auf Grund dieser Erklärung haben die Anwesenden am Montag in ihren Versammlungen diese Kommission gewählt und ihr den Auftrag erteilt, sofort mit dem Arbeitgeberverband die Unterhandlungen aufzunehmen. Wenn es diesem Ernst ist mit seinen Versprechen und er nicht von Neuem verläßt, Schiedsbürgen zu machen, dann dürfte der Ausgang nach in dieser Woche sein. Ende erreicht.

Der Streik in **Großhain** fast un verändert. Von 143 Streikenden sind in den letzten Wochen 14 zum Streikbrecher geworden. Da durch den Streik die Arbeitslosigkeit auch für andere Gewerkschaften nach und nach, so werden sich die Dinge bei den Arbeitgebern, damit er Verhandlungen herbeiführt. Der Bürgermeister für den Antwort: Er glaube nicht, daß die streikenden Parteien geneigt wären, irgend welche Vorschläge zu Unterhandlungen anzunehmen. Darauf heißt die Streik-Kommission dem Bürgermeister mit, daß sie von dem ersten Tage des Streiks an bereit gewesen wäre, zu unterhandeln, sie sei es heute ebenfalls noch. Durch einigen Zögern ging nun dem Bürgermeister folgendes Schreiben ein:

Herrn **Maurer** Ernst Schmitt, hier. Auf Ihre Zuschrift vom 8. September dieses Jahres fertige ich Ihnen und den Unterzeichneten des genannten Schreibens die Antwort der Innung Wauschulte, hier, vom 7. September dieses Jahres, abgeschrieben mit dem Bemerkten, daß ich unter solchen Umständen und da die Bauarbeiten zu

Ende geht, ein Eingreifen meinerseits in die Streikangelegenheit für erfolglos annehmen muß.
Großhain, den 8. September 1898.
Bürgermeister Herrmann.

Das Schreiben der Innung lautet:

Die Herr **Maurermeister** von Großhain. Auf die geehrte Anfrage vom 5. dieses Monats an den Vorstand der Innung Wauschulte, ob man von Seiten der Mitglieder überhaupt nicht geneigt wäre, in der Streikangelegenheit zuzuschreiten, habe ich Namens der dabei interessierten Innungsmitglieder auszusprechen, daß wir in keine Verhandlung eingetreten wüßten sind, denn wir gehören bei uns nicht, daß kein berechtigtes Bedürfnis vorlag, den Streik in's Leben zu rufen, ganz besonders im Hinblick auf die Lohnverhältnisse unserer Bauarbeiter, die eine größere Bauhaftigkeit aufweist und trotzdem nur 30 A. und darunter Lohnverlohn zahlt, während wir schon vor dem Streik 32 A. und mehr den geleisteten Leuten freiwillig gezahlt haben. Gerade nicht dieser Streik die höchste Bauhaftigkeit lohnt gelegt, so ist im Interesse anzunehmen, daß gegenüber der Lohn ganz dem selbst hoch geht es g e t e n e r.

Was die nur zehnjährige Arbeitszeit anlangt, so haben wir schon im Frühjahr eine Eingabe der Maurer unter anderem Namen beantwortet, daß Großhain nicht so hervorragend ist, um gegenüber großen Provinzialstädten in dieser Beziehung die Möglichkeit geben zu wollen. Aus dem der Gehalt des Lohnsatzes im Sommer und Winter können wir uns nicht einverstanden erklären, weil im Winter das Bauen ohnehin fast nur noch im Sommer recht gut selbst wissen, und weil bei jedem Jahre der Änderung zur Arbeit und der Neiz und Unfrieden zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten noch viel größer wäre, als bei einem der Winterverhältnisse angemessenen Lohne, da doch zu dieser Zeit immer noch ein Wohlstand der Leute Beschäftigung finden würde. Hochachtungsvoll
Großhain, den 7. September 1898.
G. Müller.

Vorstand der Innung Wauschulte. Die Maurer werden sich mit einem Flugblatt an die Bürgerseife wenden, in welchem die Antwort auf das sozialpolitische Verhältnis der Großhain-Maurer in Arbeitsetzungen gegeben wird. Eine Abmahnung unter den Streikenden ergab die Einstimmigkeit für Fortführung des Streiks. In welcher Weise die Bauarbeiten in Großhain gestalten wird, zeigt folgender Text des Bauarbeiters M e r e r an einen Maurer, welcher sich M. 150 von ihm für einen Familienauftrag geborgt hatte:
Großhain, den 27. August 1898.
G. F. Meier.

Wenn Sie in der Lage sein nicht mehr zu arbeiten, da bezahlen Sie wenigstens Ihre Schulden. Ich verlange jetzt mein Geld, nur strebame und selbigen Leute werden unter nicht, wer nicht zu arbeiten möglich hat, darf nicht erwarten, daß Rücksicht genommen wird, wenn Sie bis zum 1. September nicht bezahlen, verlange ich Sie ohne Rücksicht, D. O. Auf die Arbeiter werden in bestem Maße, wie das folgende Schreiben an den Maurer Günter beweist. Günter bricht im Winter seine für Straßarbeiten auf.

Herr Günter, Badal. Von verschiedenen Seiten habe ich in Erfahrung gebracht, daß Sie am 27. Juli bei Beginn des Maurerstreiks die Arbeit mit eingestellt haben. Ich sehe mich daher veranlagt, um mir keine Unannehmlichkeiten zu bereiten, dies der König, Straßen- und Wasserbau-Beauftragter zu werden, wenn Sie nicht noch heute bis Abends 7 Uhr Nachts bezahlen, daß Sie an dem Streikende arbeiten und die Arbeit wenigstens auf acht Tage wieder übernehmen, damit es nicht den Meistern genügt. Sie hätten am Streik teilgenommen. Bis heute Abend um 7 Uhr erwarte ich bestimm Antwort; wenn keine kommt, werde ich. Z. F. F., Straßenbauaufseher.

Die Streikenden beschließen, die bis jetzt abgelehnten Arbeiter, welche ihnen die Bürger anbieten, jetzt anzunehmen und auszusprechen. Das Streikkommissionsmitglied F e i l e n b e r g e r ist nach nicht aus der Stadt entlassen. Ein in Großhain bestellter Rechtsanwalt sollte die Berechtigung, ob ohne Angabe von Gründen. Am Dienstag waren die Kollegen P e r s i n g und B r e r t z auf's Gerichte bestellt; sie wurden jedoch wieder freigelassen; ob eine Anklage erfolgt, steht noch dahin. Einige Kollegen werden noch gesucht. Die Arbeitsgelegenheit hat sich durch einige Brandunglüde vermehrt. So brannten in voriger Woche in den neuen Weiden zwei Wohnhäuser und neun sonstige Gebäude nieder. In dem Vororte Hagen waren am Freitag ein Wohnhaus und zwei Scheunen nieder. Das Bürgermeisteramt ist sehr unglücklich über die Verengung der notwendigen Arbeiter. In Dresden sind ver einzelt die Großhainer Maurer entlassen worden, so unter anderem am Bau der Kreuzkirche. Die Herren Kollege nachgehenden in ihrer christlichen Duldsamkeit, sie müßten den Großhainer Unternehmern zu Hilfe kommen; sie seien darüber froh, wenn sie Arbeiterfreundschaft. Besonders die ausführenden Baumeister an der Kreuzkirche (Karl und Adolph) thun sich durch Arbeiterfreundschaft hervor, sie zahlen stets die richtigen Löhne und beschließen humanitätvoll, diese wie sie bekanntlich williger und billiger als die Deutschen, welche eine menschliche Behandlung und einen angemessenen Lohn verlangen.

Die Arbeit niedergelegt haben am Mittwoch, den 7. d. M., sämtliche beim Bau des Maurermeister-Müller in der Großenstraße in **Lein** bei **Hannover** beschäftigten Maurer. Gegenwärtig der Fortdauer einer Lohnzahlung hatte Müller den 143 Streikenden versprochen, daß, wenn einer der Meister die dies-bau auch thun würde, dann haben oder mehrere Meister, zwei-jahr 48 A. pro Stunde, befristigt und beständig bleiben die Streikenden, Herr Müller an sein Versprechen erinnern zu müssen. Da Müller die in Aussicht gestellte Lohnzahlung jetzt jedoch abgelehnt hat, stellen die Maurer die Arbeit ein.

Die Situation der ausgesperrten Maurer und Zimmerer in **Spanau** scheint sich wieder etwas glänziger zu gestalten, denn unter den von Unternehmern herangezogenen italienischen Arbeitwilligen herrscht zur Zeit darüber großer Mangel, doch ihnen gegen die mit den Unternehmern getroffene Abrede zum Teil nur ein Stundenlohn von 40 A. gezahlt werden ist. (Die ausgesperrten Arbeiter hatten 50 A. verlangt.) Am Donnerstag haben zehn auch bei italienischen Maurer meckern; bereits am Montag hatten auch der Italiener aus der gleichen Ursache einen Tag lang gefeiert. Aus diesen neuesten Lohnverhältnissen läßt sich mit

gest dieses Projekt in der Hauptsache dahin, die organisierten Arbeiter durch die Hungerstreife zu zwingen, ihre Organisationen zu verlassen. Auf Grund des Systems der schwarzen Listen sollen alle aus Streikorten kommenden Gesellen von der Arbeit im ganzen deutschen Reich ausgegeschlossen werden.

In ihrer Nr. 68 sagte die „Baugewerks-Ztg.“ über diesen Verhandlungsgegenstand des Delegiertentages Folgendes:

„Nach der Besprechung der Arbeiterbewegungen des vorigen und dieses Jahres, ebenfalls in Leipzig angeregt, dürfte mehr denn je das Interesse aller Anwesenden in Anspruch nehmen, weil die Streiks in ihren verschiedenen Formen heute fast mehr die Tagesfrage als die Bohrefrage zum Austrag zu bringen bestimmt sind. Wer soll Herr auf dem Bauplatz sein, der Arbeiter oder der Unternehmer? Wie sind die arbeitssüchtigen Elemente vor der Agitation zu schützen und ihnen der ungewohnte Zutritt zur Baustelle zu verweigern? Die weitere Begründung und Form der Arbeitgeberverbände als Mittel gegen die liberal organisierten Arbeiterverbände. Das Alles sind Fragen, welche dringend der Lösung harren, gibt es doch kaum noch eine größere oder mittlere Stadt, welche in diesem Jahre nicht von Streiks heimlich oder von sozialdemokratischen Agitatoren zwecks Einleitung von Arbeitseinstellungen begünstigt worden wäre. Daß hier Macht gegen Macht, Organisation gegen Organisation geht werden muß, darüber besteht kein Zweifel mehr.“

Streng und durchaus in diesem Sinne hat der Breslauer Delegiertentag denn auch die Frage der Streikbetämpfung behandelt. Wir beleuchten diese Verhandlungen des Baugewerks-Jahrestages in einem besonderen Artikel.

Genauso am 6. September hielt der Deutsche Kaiser bei einem Galabiner in Bad Deynhausen (Westfalen) eine Rede, in welcher er ankündigt, daß das I. B. von ihm in diesem Jahre gegebene Versprechen, betreffend den „Schutz der Arbeitswilligen“ und „strengste Strafe Demjenigen, der Andere an Arbeit hindert“, bald in Erfüllung gehen werde. Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf sei in Vorbereitung und werde demnächst, dem Reichstage vorgelegt werden; er, der Kaiser, rechne auf die Unterstützung der Volksvertreter. Demjenigen, der Arbeitswillige befehle oder „gar zum Streik aufreize“, solle Zuchthausstrafe werden!

Der Kaiser hat diese Äußerung in Verbindung mit der Idee vom „Schutz der nationalen Arbeit“. Es scheint, daß er der Ansicht ist, daß die Streiks mit dem Interesse der nationalen Arbeit unvereinbar sind. Und er fügte hinzu, daß „Recht und Gesetz geschützt werden müssen“.

Bessere Ansicht ist ganz die unsere. Was für Rechte sind es, die des Schutzes, und was eines sehr ausgiebigen und energischen, bedürfen? Die vom Kapitalismus, nicht selten im Bunde mit den öffentlichen Gewalten, schwer bebrohten Rechte der Arbeiterklasse, in erster Linie das Koalitionsrecht. Auf die Vernichtung dieses den Arbeitern zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen gegenüber der wirtschaftlichen Uebermacht des Kapitalismus gesetzlich gewährtesten Rechtes zielt die Tätigkeit der Unternehmerorganisationen und ihrer Helfershelferschaft aus den Kreisen der herrschenden Klassen ab. Durch Ausbreitung und systematische Verhängung der Verurteilung, des Ausschlusses vom Erwerb, des Hungers will das Unternehmertum die Arbeiter nötigen, sich des Gebrauches dieses ihres guten Rechtes zu enthalten. Eine Nötigung, wie sie schlimmer, brutaler, ungewöhrter und gefährlicher garnicht gedacht werden kann. Zuchthausstrafe wäre wahrlich keine zu schwere Strafe für diejenigen, welche solcher Vergewaltigung eines Rechtes, ohne das die Arbeiter Sklaven sind, sich schuldig machen.

Aber Zuchthausstrafe für Menschen, die „zum Streik aufreizen“, d. h. zum Gebrauch eines gesetzlich gewährtesten Rechtes auffordern?! Man weiß ja, was die Unternehmer und mit ihnen nicht selten Polizei und Justiz unter „Aufreizung“ verstehen: jegliches an sich moralisch und gesetzlich durchaus zulässige Beginnen, Arbeiter zur Teilnahme an einem Streik zu bewegen, Ueberredung, Belehrung, Ermahnung, Hinweis auf die Pflichten der Solidarität usw. usw.

Wage man unter „Aufreizung“ zum Streik verstehen was immer; es ist das gute Recht jedes Staatsbürgers, wenn er es für nötig hält, Arbeitern zum Streik zu raten, auf einen Streikunternehmen hinzuwirken und dasselbe zu unterstützen.

Dieses Recht kann nicht angefaßt werden, ohne daß wichtige Grundzüge der bestehenden Rechtsordnung ihre entscheidende Verwerfung erfahren. Soll, wie die Unternehmer wollen, die „Verteilung“, die „Aufreizung“, die Ueberredung zum Streik ein Verbrechen sein, welchen Sinn und welchen Werth hat dann noch der § 152 der Gewerbeordnung? Dann muß füglich der

Streik selbst vorweg als ungesetzliches, verbrecherisches Beginnen erklärt werden. Desgleichen jede Arbeiterorganisation, die auch nur mit der Möglichkeit eines Streiks rechnet und sich zu einem solchen rüht. Schon die bloße Aufforderung, sich an der Sammlung für einen zu bildenden Streikfonds zu beteiligen, wäre strafbar.

So wünschen die koalitierten Unternehmer die sogenannte „Reform des Koalitionsrechts“. Ob der Kaiser mit seiner Äußerung so weit hat gehen wollen, entzieht sich unserer Beurteilung. Der von ihm angekündigte Gesetzentwurf wird darüber Aufschluß geben. Zunächst verfehlen die kapitalistischen Kreise und ihre Presse nicht, in gewohnter Weise die Worte des Kaisers zu Gunsten ihrer Bestrebungen zu deuten.

Wir haben das letzte Wort der Kritik dazu noch nicht geschrieben. Ohne Zweifel geht die Arbeiterklasse Deutschlands, in erster Linie ihre gewerkschaftliche Organisation, schwereren und entscheidenderen Kämpfen entgegen, als sie bisher zu bestehen waren. Um so fester müssen die Arbeiter in ihren Organisationen sich zusammenschließen. Nur in der Einmütigkeit des Willens und Wirkens gewinnen sie die Macht, die erforderlich ist, dem Ansturm des Kapitalismus und der öffentlichen Gewalt erfolgreich zu begegnen.

Ein neuer Kriegsrat.

Der 13. Delegiertentag des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister hat vom 3. bis 6. September in Breslau stattgefunden. Von den Verhandlungen und Beschlüssen derselben nehmen unser Interesse vorweg die Bewegung der Arbeiter des Baugewerbes betreffen. Das ist seit Jahren ein ständiger Punkt auf den Tagesordnungen der Delegiertentage unserer Baugewerksämter. Im vorigen Jahre hat man den Plan einer Streikbetämpfung angeschlossen, welcher dahin ging, daß alle aus Orten, wo Streiks ausgebrochen, kommenden Arbeiter von keinem Meister eingestellt werden sollten. Die Herren Simon hat sie gegenstandslos nachgesprochen. Früher hieß es bei jeder Arbeitseinstellung, die Arbeiter seien „unerschämte rünten“. Diese Nummern verhängt nicht mehr, und so gebraucht man denn schon seitdem Jahre hindurch als Vorwand für die Bekämpfung der Arbeiterorganisation die nicht minder bunte Umarmtheit, daß Streiks in Interesse der sozialdemokratischen Partei „angezettelt“ werden. Es ist bemerkenswert, daß die Arbeiter an sich zu setzen. Aber freilich, die Leiter der Organisationen sind Sozialdemokraten! Das genügt den Augen Herrn Simon, die „Verbindung“ der Streikbewegung mit der Sozialdemokratie zu konstatieren. Wären die Leute nicht Sozialdemokraten und sie würden doch so, wie sie es thun, verfahren, so würde man ihnen sagen, sie seien „noch viel schlimmer als Sozialdemokraten“, wie es erst kürzlich den ultramontanen Leitern des Arbeitervereins Bregarten auszusprechen überführ.

Der 13. Delegiertentag des Innungsverbandes der deutschen Baugewerksmeister beschloß die sofortige Gründung eines ganz Deutschland umfassenden Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe. In diesem Zwecke beauftragt er den geschäftsführenden Ausschuss mit der Errichtung eines entsprechenden Status unter Zuziehung der in schon bestehenden Arbeitgeberverbänden gemachten Erfahrungen. Die Arbeiter sind zu fordern, daß der Arbeitgeberverband mit Beginn des neuen Jahres in's Leben treten kann.

Dieser Beschluß, beantragt vom Breslauer Meister Simon, wurde einstimmig angenommen mit der Modifikation, daß nicht der geschäftsführende Ausschuss, sondern eine besondere Kommission ihn auszuführen habe.

Wehr noch als der Beschluß selbst interessiert uns die Begründung, die Herr Simon in seinem Eintrage in einem längeren Referat hat zu Teil werden lassen. Er führte aus:

„In neuerer Zeit hätten die Arbeitseinstellungen zugenommen. Während dieselben früher mehr lokaler Art waren, würden sie jetzt planmäßig betrieben. Der Bund der Maurer zählte jetzt 67 000 Mitglieder. Wenn jedes Mitglied jährlich 4. 80 Mark, wie es hauptsächlich gebräuchlich, so verbringe die Bundesleitung alle Jahre über 1/2 Million Mark. Der Bund gebe dafür ein Blatt, Summe für Streiks aus. Eine solche Organisation könne natürlich nicht aufgeben, das in irgend einer Stadt ein Streik willkürlich erfolge. Es werde in jedem Frühjahr geprüft, wo man eine Arbeitseinstellung einleiten lassen könne. Die Arbeitseinstellungen seien ein gutes Recht der Arbeiter. Soweit die Arbeitseinstellungen darauf hinausgingen, die Lebensführung der Arbeiter zu verbessern, werde man dagegen nichts einwenden können. Es müsse aber dagegen Front gemacht werden, daß dies benutze, um die Arbeiter ihrer Arbeit dienbar zu machen. Es müsse dagegen Front gemacht werden, daß das Unternehmertum unterdrückt werden solle. Wir würden den äußersten Widerstand leisten müssen, wenn wir unseren Stand nicht untergeben lassen wollten.“

Unterlegen wir zunächst die in diesem Passus stehenden Dummheiten und Unwahrscheinlichkeiten einer Kritik. Allerdings, die Arbeitseinstellungen haben zugenommen. Diese Erscheinung aber ist nicht in einem „Plane“ unserer Verbandsleitung, sondern in den Verhältnissen begründet. Herr Simon scheint nicht zu wissen, daß im Laufe der letzten Jahre, besonders in diesem, die Lebenshaltung der Arbeiter eine bedeutende Verbesserung erfahren hat. Die Ursache ist der Lebensmittelpreis der Arbeiter, zu dem unter Baugewerksämtern sich so sehr hingezogen fühlen. Seit 1896 hat der Arbeiter mit einer Familie monatlich mit etwa 4. 170 jährlich 4. 700 zu bezahlen

als früher. Daher das Wemhen der Arbeiter, Lohn-erhöhungen zu erreichen. Herr Simon selbst giebt ja das Streben der Arbeiter, ihre Lebenshaltung zu verbessern, als ein berechtigtes zu. Also muß er auch jedes gegen Verfechtung der Lebenshaltung, wie sie mit der Lebensmittelpreisänderung verbunden, gerichtete Streben gelten lassen.

Herr Simon möchte glauben machen — was das koalitierte Unternehmertum und die kapitalistische Presse ja seit Jahren glauben zu machen versucht, — daß die Leitung unserer Organisation geradezu darauf ausgehe, möglichst viele Streiks „anzuzetteln“. Er folgert das aus dem Umstande, daß hauptsächlich die Streiks sich vermehrt haben, und daß bei Zunahme von Streiks planmäßig verfahren wird.

Was letztere Thatsache anbelangt, so hätte man Ursache, unserer Verbandsleitung Anerkennung dafür zu zollen, daß sie bemerkt ist, die willkürlichen Streiks zu beschneiden. Möchte oder könnte sie das nicht, so würde, darauf, können die Herren Simon und Genossen sich verlassen, die Zahl der Streiks eine sehr viel größere sein. Aber die Erfolge der Arbeiter würden nicht bestehen sein können. Nicht ist selbstverständlich, als daß die Leitung solcher einer Arbeiterorganisation ihr Hauptaugenmerk auf planmäßige Durchführung der sich als unermesslich erweisenden Streiks richten muß. Sie geht nicht etwa zu den Berufsgeoffenen in den einzelnen Städten und sagt: „Ihr sollt! Ihr müßt! die Arbeit niederlegen,“ — nein, sie hat sich abzufinden mit den Ansprüchen, die, ohne ihr Zutun, von den einzelnen Mitgliedschaften an sie gestellt werden. Ueber diese Ansprüche hat sie reichlich in der Unternehmung in Aussicht genommen Streiks ihre Entscheidung zu treffen und zwar auf Grund gewissenhafter Prüfung aller in Betracht kommenden Verhältnisse.

Was ist es werth, wenn Jemand die Arbeitseinstellungen ein gutes Recht der Arbeiter nennt und in demselben Abhängigkeit unterscheidet zwischen Arbeitseinstellungen, die der Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter dienen, und solchen, welche im Interesse der sozialdemokratischen Partei erfolgen? Diese jeder inhaltlichen Begründung entbehrende Unterscheidung ist ja bekanntlich nicht neu. Herr Simon hat sie gegenstandslos nachgesprochen. Früher hieß es bei jeder Arbeitseinstellung, die Arbeiter seien „unerschämte rünten“. Diese Nummern verhängt nicht mehr, und so gebraucht man denn schon seitdem Jahre hindurch als Vorwand für die Bekämpfung der Arbeiterorganisation die nicht minder bunte Umarmtheit, daß Streiks in Interesse der sozialdemokratischen Partei „angezettelt“ werden. Es ist bemerkenswert, daß die Arbeiter an sich zu setzen. Aber freilich, die Leiter der Organisationen sind Sozialdemokraten! Das genügt den Augen Herrn Simon, die „Verbindung“ der Streikbewegung mit der Sozialdemokratie zu konstatieren. Wären die Leute nicht Sozialdemokraten und sie würden doch so, wie sie es thun, verfahren, so würde man ihnen sagen, sie seien „noch viel schlimmer als Sozialdemokraten“, wie es erst kürzlich den ultramontanen Leitern des Arbeitervereins Bregarten auszusprechen überführ.

Der übertrieben Behauptung des Herrn Simon, betreffend die „Unterdrückung der Unternehmung“, sehen wir kurz und bündig die Erklärung entgegen: Die Arbeiter erstreben in ihrem wirtschaftlichen Kampf lediglich, daß sie vom Unternehmertum als gleichberechtigte Faktoren anerkannt werden; sie sind es, die sich gegen Unterdrückung ihres guten Rechtes durch die Unternehmung zu wehren haben!

Herr Simon führt fort: „Seit die Zeit vorüber, wo der Einzelne der Masse der Arbeiter gegenüber sich halten konnte. Wenn man die Unvergleichlichkeit der Gesellen sehe, die sich als Arbeiter zu den lokalen Streikfällen noch verhalte lasteten, so ist dies eine Steuer von wenigstens 1/2 ihres Jahresverdienstes. Unter den Arbeitgebern sei eine solche Opferwilligkeit nicht zu finden. Die Arbeitseinstellung müsse hierfür offene Taschen haben. Wenn auch unsere Innungen und Verbände einen festen Halt böten, so ist damit noch nicht Genüge geleistet. Die Zahl der außerordentlich der Innungen stehenden Gewerbetreibenden sei verhältnismäßig groß geworden. Auch der Wunsch, durch Bildung von Innungen Wandel zu schaffen, sei nicht durchführbar. Der Arbeiter weiß Ferner darauf hin, daß die Arbeitsbedingungen in den verschiedensten deutschen Städten sehr verschieden seien. Dergleichen müßten gleichartig gemacht werden, dann würde die Arbeitseinstellung sich nicht der Gefahr aussetzen, daß ihr von den Arbeitern vorgehalten würde, diese oder jene Verhältnisse der Arbeiter nicht zu berücksichtigen. Gerechtigkeit Forderungen der Arbeitseinstellung erfüllt werden, damit die Arbeitgeber bei ungerechtfertigten Streiks die Symphonie des Kapitalismus und der Verbände auf ihrer Seite hätten. Es geht wenn eine Arbeitseinstellung sehr günstig für den Arbeitgeber ausfällt, so ist für ihn entscheidend obgleich auch ein unbedeutendes. Es ist also unbedingt erforderlich, Arbeitseinstellungen von vornherein nach Möglichkeit zu vermeiden.“

Weiter ist aus den uns vorliegenden Berichten — wie zitiert hier aus der „Breslauer Morgen-Zitung“ — nicht ersichtlich, wie Herr Simon die gleichartige Gestaltung der Arbeitsbedingungen sich denkt. Sollen dafür die

Stöße mit den höchsten Akuten und der kürzesten Arbeitszeit, oder mit der niedrigsten Lohnsumme und der längsten Arbeitszeit maßgebend sein? Es wäre etwas werth, das zu erfahren.

Die Nebenartikel den „Berechtigten“ und „unberechtigten“ Streiks sind freigelesen leeres Stroh. Berechtig ist nach Ansicht der Unternehmer die Streiks, die nicht unternehmen werden, wie das Koalitionsrecht überhaupt immer nur so weit Anerkennung findet, als die Arbeiter es nicht gebrauchen. Jeder Gebrauch desselben ist Mißbrauch. Wir haben die Streiks im Baugewerbe seit dreißig Jahren verfolgt, wie sind aber leben dieser Streiks untersucht und können den Herren Simon und Genossen die glaubwürdige Versicherung geben, daß von Seiten der Unternehmerschaft auch nicht ein einziger dieser Streiks als berechtigt anerkannt worden ist. Alle waren „unberechtigter“, „fetwa!“ z. z.

Es ist erfahrungsgemäß nicht erst zu nehmen, wenn aus Unternehmenskreisen heraus ernaht wird, berechtigige Forderungen der Arbeiter möglichst Beachtung zu tragen. Mit solchen Nebenartikeln kann man nicht hindurchkäufen über die Forderung, daß es für die Masse der Arbeiter berechtigige Forderungen der Arbeiter ganz und garnicht giebt.

Welter sagte Herr Simon nach anderen Berichten: „Zu dem Arbeiterverberbe müssen nicht nur alle geeigneten Baugewerksmeister, sondern auch alle Bauunternehmer herangezogen werden. Wenn der Kampf des Arbeitgebers gegen die Vereinigung der Arbeiter aufgegeben werden, dann muß es sich als ein Mißbrauch herausstellen. Dies muß aber nicht durch Beschäftigung von Arbeiterorganisationsmitgliedern, sondern durch eine feste, aber ganz Deutschlands sich erstreckende Arbeiterorganisation geschehen. Der Arbeiterverband müßte derjenige, die Streitfrage einmal durch allgemeine vierwöchige Kündigung der Verhältnisse zu sprengen.“

Wjo so verstehen die Herren Simon und Genossen das gute Recht der Arbeiter, sich eine bessere Lebenshaltung zu erkämpfen! Generalausparierung der Gassen, vier Wochen Hunger, um — die Streikfrage zu sprengen! Krieg bis auf's Messer!

Wohlan, diesen Krieg werden die Herren bekommen — natürlich ohne daß dabei Verletzungen fliegen —, wenn sie verziehen sollten, die tolle Projekt durchzuführen.

Ein bürgerliches Blatt, die Berliner „Volk's-Zeitung“, schreibt dazu:

„Ob die Herren glauben, durch eine solche Art den erstrebten Zweck zu erreichen? Uns scheint, an der Ausübung des sozialen Kampfes zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern wird schon von allen Seiten des Unternehmerrings so viel gearbeitet, daß man sich erhellen können sollte, von Seiten der Arbeitgeber mit bezwecklichen Maßnahmen zu beschließen.“

Die nächste Folge des aus Bremer ergangenen Kriegsrufes wird die sein, daß die Arbeiter, welche sich bisher dem Bauereibunde noch fern gehalten haben, seine Organisation derbestärken werden. Denn wenn nicht einmal die Androhung einer vierwöchigen Entbehrensperiode die Fachgenossen zur umfassendsten Abwehr des kapitalistischen Selbstzuchtplanes anzuregen sollte, so müßte man an dem politischen und wirtschaftlichen Sinne der berechtigten Arbeiter verzweifeln.“

Wahrlich, das müße man! Wir aber haben die feste Hoffnung, daß auf die fröhliche Androhung die richtige Antwort gegeben werden wird. Geran, Berufsgeoffenen, die für selber indifferent, gleichgültig, zum Theil gar noch feindselig sind gegenüber der Arbeit, — heran zu unserem Bunde wider Geld und Hunger! Ein schlechter Mann ist, der in solcher Situation sich nicht stellt zur Fahne der Arbeit, zum Kampfe für ihr Recht!

Rundschau.

* Die Kaisererbe, der wir an leitender Stelle Erwähnung gethan haben, hat, wie es so zu erwarten war, den Zeinungen der verschiedenen Parteien den Stoff zu Berathungen gegeben. Aus der Fühn von Reichstagen, die in den letzten Tagen laut wurden, wollen wir nur die „Höflichen Volksmeinung“ das führende Organ des Zentrums, hier wiedergeben. Das Zentrumsblatt schreibt:

„Solle das Gesetz wirklich den vom Kaiser angeerbten Inhalt haben, so können wir schon heute sagen, das der Reichstag es nicht annehmen wird. Die Arbeiter haben das Recht, in den Zustand zu treten und einer Ausstand zu veranlassen und sich gegenseitig dazu anzuhalten, und dieses Recht wird ihnen verbleiben. Es ist insbesondere nicht daran zu denken, daß das Zentrum bereit sein wird, ihnen das wegzunehmen, und vom Zentrum hängt das Schicksal des Gesetzes ab. Die Arbeiter haben wenig genug vom Koalitionsrechte, man wird sie nicht des wirksamsten Mittels berauben, günstigerer Arbeits- und Lohnbedingungen zu erlangen, wie es § 163 der Gewerbeordnung ihnen zukommt. Es geht nicht an, daß die Unternehmer alle möglichen Synthäten, Kartelle und Dinge zur Beschränkung der Beschäftigung miltelstiger Arbeiter und zu Beschleunigungen sollen bilden, die Arbeiter aber nicht gemeinsam die Arbeit sollen einstellen und sich dazu „anzweigen“ dürfen. Das Zielmangel, die arbeiten wollen, in ihrem Rechte ebenfalls zu schützen, ist, insbesondere gegen ausständige Arbeitsgeoffenen, versteht sich von selbst. Das ist aber auch, und zwar unserer Ansicht nach ausreichen, der § 163 der Gewerbeordnung... Selbst die Blätter Simon'scher Richtung finden es denn doch bezeichnend, das „Anzweigen“ zum Schlüssel mit Zuschuß zu bestrafen und miltelst anzunehmen, daß das im Gesetz etwas anders lauten werde. Sollen wir es, obwohl die Worte, „aber gar zu einem Streik anzweigen“ doch

offenbar anstehen wollen, daß etwas unter Strafe gestellt werden soll, was bisher straflos war. Wir können aber gar nichts Strafbares entdecken, das bisher ungeahnt blieb, wohl aber allerlei in unseren Augen Mißbräuchliches, das bestrast wird. Doch ist bezeichnend, daß ein weiteres Vorgehen mit Strafbestimmungen in einer Zeit, in der ganze Sozialreform zum Stillstand gekommen ist und dem Arbeiter so einfache Rechte wie das Koalitionsrecht bestritten oder verkannt werden. Die nächsten Tage werden wohl volle Mächtig über den Inhalt der Gesetzesvorlage, die schon den nächsten Reichstag zugehen soll, bringen. Jedenfalls dürfte es nun mit den inneren Wirren innerhalb der Sozialdemokratie wieder einmal wie mit einem Schlag parteilich die sozialdemokratische Partei geschehen und in Kampfbereit stehen.“

Um solche Worte ist das Zentrum noch nie verlegen gewesen, wenn es aber zum Handeln kommt, dann, so dann zeigt sich, daß ihm Volkrechte ebenjeweils etwas gelten, wie den selbstlichen Junktur. Einige Zugehörnisse der Regierung an die laichliche Hierarchie lassen die Opposition des Zentrums in alle Winde zerfliegen. Die letzte Sitzung des Reichstags liefert uns dafür den besten Beweis.

* Konferenz der Redakteure der Gewerkschaftsblätter, abgehalten in Gotha am 18. und 19. August. Vielfach ist auf Kongressen gewerkschaftlicher Organisationen darüber Klage geführt worden, so schreibt das „Correspondenzblatt“ das Gewerkschaftsblatt nicht systematisch durchgearbeitetes und ausreißendes Material über die Arbeitervereinigungen und Arbeitsverhältnisse und deren Handhabung veröffentlicht. Der Grund dieses Mißstandes liegt nahe. Die Redaktion der Gewerkschaftsblätter wird zum Teil von Personen besetzt, welche anderweitige Berufsarbeiten zu verrichten haben und nur geringe Zeit für die Redaktionsarbeiten verwenden können. Bei den Blättern, welche mit selbstlichem Gehalt angestellte Redakteure haben, sind die Anforderungen, welche an die Redaktion stellen gestellt werden, so bedeutend, daß den Redakteuren nicht die Zeit bleibt, sich den umfangreichen Studium der Gesetzgebung zu widmen, und der Handhabung der Gesetze aufmerksam folgen zu können. Es taugte insofern die Besorgung und Durchbearbeitung der die Arbeiterinteressen direkt betreffenden Gesetzeshandlungen erfolgen und der Gewerkschaftsblätter zur Verfügung gestellt werden müßte. Diese Frage eingehend zu erörtern war der Zweck der Konferenz.

Einladung zur Theilnahme an der Konferenz waren an 49 Gewerkschaftsblätter ergangen. Es waren 23 Delegierte für 24 Blätter erschienen. Vertreter waren die Redaktionen der Fachblätter der: Bergarbeiter, Bergarbeiter (Sachsen), Brauer, Buchbinder, Former, Gärtnere, Holzarbeiter, Gewerkschaft, Holzarbeiter, Hutmacher, Kupferarbeiter, Lederarbeiter, Maler, Maurer, Metallarbeiter, Müller, Porzellanarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Seelente, Seilarbeiter, Tapezierer, Zimmerer und des „Correspondenzblattes der Generalcommission“. Die Auflagen der 1897, 205 878 Exemplare betragen waren, betrug Ende

Die Entlohnung eines Delegierten hatten aus finanziellen und persönlichen anderen Gründen abgesehen die Redaktionen der Fachorgane der: Bäcker, Bauarbeiter, Bildhauer, Blücher, Buchdruckersarbeiter, Buchbinder, Bureauangestellte, Dachbeder, Eisenbahner, Fotografiren, Gastwirthschaftsgehilfen, Glasarbeiter, Glaser, Handlungsgehilfen, Handelsreisende, Lithographen, Sattler, Schiffszimmerer, Schmiege, Steinmetze, Tabalarbeiter, Tegelarbeiter, Töpfer, Verleger und Drogschaffner. Diese Legierten hatten Ende 1897 eine Gesamtsumme von 141 000 Reichsmark erhalten. Bei der Konferenz nicht vertretenen Gewerkschaftsredaktionen hatten sich bei einer vorherigen Umfrage 1500 Reichsmark angegeben, die die Einrichtung einer Zentralstelle für die Bearbeitung des Materials über die Arbeitervereinigungen und Arbeitsverhältnisse für die Gewerkschaftsblätter praktisch und möglich ist.

Nach einem einleitenden Referat des Redakteurs des Fachorgans der Zimmerer über den Zweck und die Einrichtung der zu schaffenden Zentralstelle und sehr eingehender Debatte, in welcher alle Gründe für und gegen den gemachten Vorschlag erörtert wurden, nahm die Konferenz einstimmig folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß die staatliche Arbeitervereinerung vom Jahr zu Jahr sich zu Ungunsten der Arbeiter gestaltet, weil die Arbeiter dem Drängen nach parteilicher Handhabung der Arbeitervereinerung und des gesetzlichen Arbeitergesetzes nicht den nöthigen Widerstand entgegenzusetzen; in fernerer Erwägung, daß die Gewerkschaftsvereinerung ihrer Natur nach am geeignetsten ist, die auf diesem Gebiete nöthigenbeigehilfen zu entfallen, beschließt die Konferenz der Gewerkschaftsredakteure, dem nächsten Gewerkschaftskongress den Antrag zu unterbreiten, derselbe möge die Generalcommission den Antrag, für Zentralstelle auf der staatliche Arbeitervereinerung und den gesetzlichen Arbeitergesetz anzubahnen und insbesondere durch publizistische und andere geeignete erscheinende Mittel dafür zu wirken, daß nicht nur der den Arbeitern nöthigenbeigehilfen Handhabung der Arbeitervereinerung und Arbeitergesetzgesetzgesetz Einhalt geboten, sondern auch den Verlassen, eine Vertheilung dieser Gesetze herbeizuführen, energisch entgegenzutreten und dahin gewirkt wird, daß diese Gesetze für die Arbeiter miltelstiger gestaltet werden, als sie es bisher sind.“

Bezüglich der Art und Weise, in welcher diese Thätigkeit der Zentralstelle entfallen werden soll, einigte sich die Konferenz auf folgende allgemeine Grundsätze:

An der Zentralstelle soll die Beschaffung sämmtlicher Literatur über die Arbeitervereinerungen und Arbeitergesetzgesetzgebung des Inlandes, einschließlich die auf dieselben bezüglichen Gesetzesvorlagen und Verhandlungen der gesetzgebenden Körperschaften erfolgen. Soweit erforderlich, ist auch die Literatur über die gleichartige Gesetzgebung des Auslandes zu beschaffen.

Alle geeignete Personlichkeiten ist anzuwerben, welche diese Gesetze in gemeinverständlich Weise zur Publikation in der Gewerkschaftsblätter durchzuführen. Die Handhabung dieser Gesetze ist aufmerksam zu verfolgen, und wird wichtig erscheinende Vorlagen auffmerksamer in der Gewerkschaftsblätter zu bearbeiten. Die bearbeiteten Materialien sind den Redaktionen der Gewerkschaftsblätter in einer Beilage zu „Correspondenzblatt der Generalcommission“ zu übermitteln.

Dieses Mindestmaß in der von der Zentralstelle behaltenden Angelegenheiten sind an den Vereinsvorsitzenden, Gewerkschafts-

tarstelle oder Arbeitervereinerung zu erhalten. Es soll diese Centralstelle sich nicht zu einem Auskunftsbureau für einzelne Personen entwickeln.“

Nach Erlebigung dieser Angelegenheit erfolgte auf der Konferenz noch ein Meinungsaustausch über verschiedene Fragen, unter Anderem auch über die Arbeitsnachweise, unter Berücksichtigung des neuen Handelsvertrages. Beschlüsse wurden in den besprochenen Angelegenheiten nicht gefaßt.

Der Arbeitsmarkt im August erhielt durch die Gunte und die davon sich findenden Arbeiter in der Landwirtschaft ein gegen die beiden Vormonate wieder günstigeres Verhältniß. Wenn der August dieses Jahres gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine Ausnahme des Arbeiterangebots darstellt, so mag das nach der Berliner Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ daher rühren, daß die öffentlichen Arbeitsstellen in diesem Jahre der Landwirtschaft schon in höherem Maße zu Gute kamen als im Vorjahre. Demnach war die Zuzuführung von Arbeitern aus der Stadt nach dem Lande mehr eine gelegentliche; dieses Jahr erfolgt Austausch mit dem Lande auf Grund einer eigen geordneten Organisation. Nach den Ergebnissen der Arbeitsnachweis-Verhandlungen, wie sie in der oben genannten Zeitschrift veröffentlicht sind, betragen sich um 100 offene Stellen im August d. J. 1078 Arbeitsstellen. Der Anstieg hat im Vergleich zum August vorigen Jahres an 81 (und 3 ausländischen) Orten abgenommen, und nur an 21 (und 2 ausländischen) Orten zugenommen.

Abnahme: Hofen, Breslau, Wildorf, Kiel, Hamoder, Domborn, Münster, Dortmund, Düsseldorf, M.-Gladbach, Frankfurt a. M., Mainz, Gießen, Straßburg, Heilsberg, Jalar, Schloßheim, Offenbach, Mannheim, Kottbus, Stuttgart, Constanz, Ludwigslust, Gillingen, Nauen, Mühlhausen, Schw. Wald, Hildesheim, Altm., Nürnberg, Augsburg. — Zunahme: Berlin, Wetzlar, Halle a. S., Dandheim, Berlin, Erfurt, Wea, Essen, Elberfeld, Köln, Aachen, Xrier, Kreuznach, Wiesbaden, Darmstadt, Worms, Kaiserlautern, Freiburg, Karlsruhe, Pforzheim, Gießen, Müllheim. — (Wein, Winterthur.)

Arbeitsnachweise in Frankreich. Eine offizielle Bestätigung stellt fest, daß in den letzten zehn Jahren jährlich durchschnittlich 270 500 Arbeitsnachweise auf industriellen Gebiet sich ereignet. 7500 davon hatten den Zweck zur Folge; von den 272 000 Berufswunden wurden 28 000 bornern und 244 000 zeitweilig erwerbsunfähige. Für der französischen Subskriptionsliste 1891 4 548 098 Personen beschäftigt, und zwar 1 021 659 Unternehmern, 207 222 Beamte und Angeestellte und 3 319 217 Arbeiter. Man ermüßt aus einem Vergleiche dieser Zahlen das „Mittelpunkt“ im Gewerbe und Ader, das die Proletariate auf dem Schicksale der Subskription laufen und für das sie mit Hungerlöhnen abgefunden werden, während das mit besungener Unternehmerricht in Kapital mit reichem Mehrerwerb beschloß wird.

Baugewerblches.

* Fähigkeit der Bauarbeit. Allenfalls. Mehrere Zimmerleute fürzten insofer des Verdens eines Walfens bei der Aufschichtung der Zurrhülle aus bedeutender Höhe herab. Zwei davon erlitten Verwundungen, zwei Vornbrüche, einer wurde am Kopfe, ein anderer an der Brust lebensgefährlich verletzt, die übrigen trugen nur leichtere Verwundungen davon. Letztere bei Leipzig. Beim Aufspringen von der Balkenlage auf das Gerüste eines Neubaus in der Hauptstraße fürzte der Zimmermann Brauer aus Leipzig insofer Wurfes eines Durchgehens aus der ersten Etage herab, wobei er schwere Verletzungen davontrug. Ein herbeigerufenen Arzt legte den ersten Nothverband an.

Wenig. (Eg. Ber.) Beim Neubau eines Brauereischloßes, Schiff auf, bei Beginn fürzte am Sonnabend, den 8. September, ein Handlungslehre beim Kranarbeiten von D-Zugern aus einem Fenster des ersten Stock herab und verletzte sich erheblich. — Am Montag, den 5. September, fürzte ein Maurer an demselben Bau vom Gerüst des ersten Stock; derselbe trug eine leichte Verletzung im Gesicht davon. Die Neubauten dieser Kohlenbetriebsanlage werden von zwei Unternehmern ausgeführt, aber von Unfallversicherungsdarstellungen und Einrichtungen nicht auf dem ganzen Werke nicht zu sehen.

Wers. (Eg. Ber.) Am Donnerstag, den 1. d. M., Vormittags 11 Uhr, ereignete sich folgender Unglücksfall im Neubau der Proletariat in Grimnitzsch. Der ledige Tagelöhner Friedrich Schröder aus Elm a. M. war beim Klappstein von Schabiele vom sinken in den ersten Stock herab. Als derselbe einmal aufschaute, fiel plötzlich ein Schabielebrett von circa 1,5 m Länge und 10 cm Breite entrecht herunter, das Brett war an dem unteren Ende aufgerrissen und traf Schröder so unglücklich auf die Nase, daß ein Theil des Nasenbeines in der Schabiele stecken blieb. Schröder wurde mit halber Nase per Wegerwagen nach Karlsruhe in's Krankenhaus gebracht. Grund des Unfalls kann nur der sein, daß die Gemenenreue von Wees & Press in Alford arbeiten. Diese Leute müßten wie berichtet, nur um drei Tag 10 d mehr zu verdienen, wenn sie auch Strümpf dabei werden. Diese sind nicht zu bebauen, wenn ihnen ein Unfall zustoßt. Zu bebauen ist nur, daß sie nicht begriffen, daß auch sie bei der Menschengattung miltelstiger worden sind.

München. Bei einem Neubau an der Zumblingerstraße fielen am 2. September zwei Tagelöhner von der Laufreife herab. Der Eine erlitt eine Kontusion des Hinterkopfes, der Andere einen Bruch des rechten Handgelenkes. Beide wurden in das chirurgische Spital gebracht.

Rordhausen (Eg.) Auf einer Baustelle wurde ein Arbeiter beim Aufschichten bearbeitet von Erdmassen überflücht, daß der Beduerrichter sofort nach dem Krankenhause gebracht werden mußte.

Reiz. (Eg. Ber.) Am Freitag fürzte der Maurer Robert Lauff von der ersten Balkenlage des Neubaus der Parlamentarierstraße. Es wurde über Hand gemacht. Derselbe trug schwere Verletzungen am Kopfe und eine Stauchung des Hinterkopfes davon, so daß seine Wiederherstellung nach dem Krankenhanse nöthig wurde, nachdem er dreiviertel Stunden gelegen hatte, ehe ein Arzt erschien, um einen Nothverband anzulegen. Innerer Ansicht nach müßten die Arbeiter dafür sorgen, daß schnelle Hilfe bei der Hand ist, damit die Verwundeten nicht halbe oder ganze Stunden liegen, oder mit flüchtigen Stoffen überkleben in der Stadt von einem Arzt zum anderen laufen müßten, ehe sie verbunden werden, wie es schon so oft der Fall gewesen ist.